

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	I Mitteilungen	
	Rat	
1999/C 221/01	Entschließung des Rates vom 19. Juli 1999 zur Beteiligung Europas an einer neuen Generation von Satellitennavigationsdiensten — Galileo-Definitionsphase	1
	Kommission	
1999/C 221/02	Zinssatz der Europäischen Zentralbank für Wertpapierpensionsgeschäfte am 1. August 1999: 2,50 % — Euro-Wechselkurs	4
1999/C 221/03	Verzeichnis der von der Kommission an den Rat weitergeleiteten Dokumente für den Zeitraum vom 19.7. bis 23.7.1999	5
1999/C 221/04	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluß (Sache Nr. IV/M.1513 — Deutsche Post/Danzas/Nedlloyd) ⁽¹⁾	6
1999/C 221/05	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluß (Sache Nr. IV/M.1573 — Norsk Hydro/Saga) ⁽¹⁾	7
	II Vorbereitende Rechtsakte	
	Rat	
1999/C 221/06	Initiative der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland — dem Rat am 26. Mai 1999 vorgelegt — im Hinblick auf die Annahme einer Verordnung des Rates über Insolvenzverfahren	8
	III Bekanntmachungen	
	Gerichtshof	
1999/C 221/07	Allgemeine Auswahlverfahren	24

DE

1

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

I

(Mitteilungen)

RAT

ENTSCHLIESSUNG DES RATES

vom 19. Juli 1999

zur Beteiligung Europas an einer neuen Generation von Satellitennavigationsdiensten — Galileo-Definitionsphase

(1999/C 221/01)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Aufbau eines Satellitennavigationssystems zur zivilen Nutzung führt zu mehr Unabhängigkeit bei einer der wichtigsten Schlüsseltechnologien.
 - (2) Durch die Entwicklung eines Satellitennavigationssystems zur zivilen Nutzung bietet sich der europäischen Industrie die Gelegenheit, ihre Kompetenz zu stärken und an den Möglichkeiten, die diese zukunftsweisende Technologie in großem Umfang eröffnet, teilzuhaben.
 - (3) Satellitengestützte Ortung und Navigation gewinnen zunehmend in nahezu sämtlichen Technologiebereichen an Bedeutung; sie sind ein Schlüsselement für den Aufbau einer verkehrsträgerübergreifenden Infrastruktur für alle Bereiche der Luftfahrt, der Schifffahrt und des Landverkehrs. Satellitennavigation hat die Fähigkeit, wesentlich dazu beizutragen, die vorhandene Verkehrsinfrastruktur wirksamer zu nutzen, die Sicherheit zu erhöhen, die Umweltbelastung zu verringern und ein integriertes Gesamtverkehrssystem in Europa mit entscheidender Bedeutung für den Binnenmarkt zu schaffen.
 - (4) Ein europäisches Satellitennavigationssystem wird der europäischen Informations- und Telekommunikationsindustrie einen positiven Anstoß zur Entwicklung eines europäischen Marktes geben.
 - (5) Fehlender europäischer Einfluß auf bestehende Satellitennavigationssysteme könnte es in Zukunft schwierig machen, sich möglichen zukünftigen, einseitig beschlossenen und überhöhten Gebühren zu widersetzen, während nur geringe Chancen bestehen, schnell Alternativen bereitzustellen.
 - (6) Die in Europa genutzten sicherheitskritischen Navigationsdienste müssen einer zivilen öffentlichen Gesetzgebung unterliegen; dies ist auch Voraussetzung dafür, daß Satellitennavigation uneingeschränkt für alle Anwendungen zugelassen werden kann (Zertifizierung).
 - (7) Satellitenortung, -navigation und -zeitmessung können ihren vollen Nutzen nur als globales System entfalten. Deshalb ist eine internationale Zusammenarbeit notwendig, mit deren Hilfe weltweit interoperable und kompatible Dienste angeboten und die Kosten gesenkt werden können, jedoch gleichzeitig eine Gewähr für die Qualität der Dienste geboten werden soll.
 - (8) Nutzeranforderungen und -erwartungen sollen von grundlegender Wichtigkeit für die Entscheidung zur Entwicklung eines europäischen Satellitennavigationssystems und seiner Eigenschaften sein. Anforderungen, die von anderen zuständigen internationalen Organisationen, beispielsweise der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO), der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO), der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) sowie der Welthandelsorganisation (WTO) entwickelt worden sind, sollen einbezogen werden.
 - (9) Die Europäische Union trägt gemäß Artikel 154 des Vertrags zum Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze (TEN) in den Bereichen der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur bei.
 - (10) Der Rat der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) hat den Beginn der technischen Definitionsphase des Galileo-Sat-Programms (Raumsegment und zugehörige Bodeninfrastruktur) beschlossen. Dies erfolgt innerhalb des Rahmenwerks der Galileo-Systemanforderungen, die in der Europäischen Union festgelegt werden müssen, unter Berücksichtigung notwendiger ergänzender Arbeiten durch die Kommission.
 - (11) Das Europäische Parlament hat mit seiner Entschließung vom 13. Januar 1999 der europäischen Satellitennavigation seine volle Unterstützung gegeben.
 - (12) Im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip bedarf es einer Lenkung auf Gemeinschaftsebene, um diese Ziele zu erreichen —
- BEGRÜSST, daß die Kommission eine Mitteilung über „Die Beteiligung Europas an der neuen Generation von Satellitennavigationsdiensten — Galileo —“ vorgelegt hat, die in Zusammenarbeit mit der hochrangigen GNSS-Gruppe aus Vertretern der nationalen Verwaltungen, der Benutzer, der Telekommunikationsbetreiber, der zuständigen internationalen Organisationen (insbesondere ESA und der Europäischen Organisation für die Sicherheit der Luftfahrt Eurocontrol) und der Industrie entstanden ist,
- BEGRÜSST, daß die ESA die technischen Aspekte innerhalb des Projekts vertieft untersuchen will,

ERWARTET, daß die Maßnahmen der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten für ein weitgehend privates Interesse an Aufbau und Finanzierung dieses Systems sorgen werden, was ein zentraler Faktor für Entscheidungen über künftige Phasen des Projekts wäre,

ERWARTET, daß die Definitionsphase, die erschöpfende Aussagen zu Machbarkeit, Auslegung, Leistungsfähigkeit, Struktur, Zuverlässigkeit, Überwachung und Kosten des Systems unter Einschluß der Aufbau- und Betriebsphase liefern soll, auf eine Summe von 40 Millionen EUR aus Gemeinschaftsmitteln beschränkt und Ende des Jahres 2000 abgeschlossen sein wird,

ERWARTET, daß die Maßnahmen der Gemeinschaft eine Industriepolitik und Managementstrukturen entwickeln, die jeden Mitgliedstaat bewegen, in Galileo insgesamt zu investieren;

ERINNERT AN

- seine Entschließung zur Telematik im Verkehr ⁽¹⁾,
- seine Entschließung zum europäischen Beitrag zur Entwicklung eines globalen Navigationssystems (GNSS) ⁽²⁾,
- seine Schlußfolgerungen vom 17. März 1998 über „Aufbau eines europäischen Ortungs- und Navigationsnetzes. Eine europäische Strategie für globale Satellitennavigationssysteme (GNSS)“,
- den Beitrag, den die Gemeinschaft im Rahmen ihrer spezifischen Forschungsprogramme zur Entwicklung eines globalen Navigationssatellitensystems gemäß Artikel 163 des Vertrags leisten kann,
- das finanzielle Regelwerk für das TEN-Programm, das es zuläßt, zur Finanzierung des Galileo-Projekts beizutragen;

ERSUCHT die Kommission erstens,

- dem Rat umgehend vor der Sommerpause 1999 umfassende Mandatsentwürfe auf der Basis der strategischen Richtlinien zur Zusammenarbeit für Verhandlungen in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten vorzulegen, um so vollständig die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und/oder zukünftigen Entwicklung mit den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation unter Fortsetzung der technischen Gespräche auszuloten,
- das Interesse anderer Drittstaaten an der Mitwirkung in diesem Bereich zu erkunden,
- so bald wie möglich klare Richtlinien für die Zusammenarbeit vorzuschlagen;

ERSUCHT die Kommission zweitens, eine gründliche Kosten-Nutzen-Analyse vorzustellen, die alle in Frage kommenden Optionen für das Gesamtprojekt berücksichtigt, und innerhalb dieses Rahmens:

- Szenarien für die Schaffung von Einnahmequellen z. B. durch besondere Gerätegebühren und Gebühren für bestimmte höherwertige Dienste einschließlich „worst case“

und „best case“-Szenarien zu prüfen und Realisierungsvorschläge zu machen,

- Rahmenbedingungen für die vorgesehene öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) einschließlich einer adäquaten Verteilung der Rollen und Aufgaben sowie der Kosten und Risiken im Rahmen eines „life cycle cost“-Szenarios für das Gesamtsystem zu entwickeln,
- zeitgerecht und realistisch Bedingungen für eine weitgehend private Finanzierung im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft zu schaffen und
- alle angebrachten Maßnahmen zu ergreifen, um so zügig wie möglich eine öffentlich-private Partnerschaft zu verwirklichen und gleichzeitig bestmöglichen Wettbewerb bei der Auftragsvergabe in allen Bereichen und Phasen des Projekts sicherzustellen;

Die Kommission wird dem Rat die Ergebnisse der betreffenden Arbeiten vorlegen, sobald sie verfügbar sind, damit die Tragfähigkeit des Projekts und seine Vorteile gegenüber den derzeit bestehenden Systemen und ihrer Entwicklung frühzeitig berücksichtigt werden können.

ERSUCHT die Kommission drittens, zur vollständigen Bewältigung der oben genannten Aufgabenstellungen in Zusammenarbeit mit ESA und den Mitgliedstaaten die Definitionsphase des Projekts auf der Grundlage ihrer Vorschläge zum technischen Konzept und der vorläufigen Organisationsstruktur unverzüglich zu beginnen und in diesem Rahmen:

1. unverzüglich eine vorläufige Galileo-Lenkungsgruppe einzusetzen, die sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten in der hochrangigen Gruppe zusammensetzt und in der auch die ESA als Beobachter vertreten ist, sowie ferner einen Programmausschuß einzusetzen, der die Galileo-Lenkungsgruppe unterstützt; parallel dazu sollten die Arbeiten an den rechtlichen und institutionellen Grundlagen aufgenommen werden, die eine wirkungsvolle Tätigkeit der Gruppe ermöglichen;
2. unverzüglich ein Berichtssystem einzurichten, daß sich sowohl an die Galileo-Lenkungsgruppe, die die Kommission in der Definitionsphase bei allen Aufgaben, insbesondere im Hinblick auf alle Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit dem System, unterstützt, als auch an den Rat richtet, und das alle Aspekte des Projektfortschritts und der Finanzierung des Galileo-Programms umfaßt;
3. die mittelfristige (Entwicklungs- und Testphase) und langfristige (Aufbau- und Betriebsphase) Organisationsstruktur des Projekts mit einer klaren Darlegung der Management- und Controllingstruktur für die Definitionsphase einschließlich Begleitung und Kontrolle wie auch einer ausführlichen Analyse der Kosten und Finanzierung in allen Einzelheiten mit dem Ziel einer einheitlichen Herangehensweise weiterzuentwickeln und im Jahr 2000 darzustellen;
4. alle relevanten Nutzer und Dienstleister frühzeitig in geeigneter Form während der Definitionsphase des Projekts einzubinden;
5. im Rahmen der Mehrjahresplanung die Möglichkeit zu prüfen und Umsetzungsvorschläge darzustellen, Beiträge aus dem TEN-Haushalt einzubringen;

⁽¹⁾ ABl. C 309 vom 5.11.1994, S. 1.

⁽²⁾ ABl. C 379 vom 31.12.1994, S. 2.

6. folgendes vorzusehen:

- die bestmögliche Einbeziehung des „European Geostationary Navigation Overlay System“ (EGNOS-System) in Galileo in enger Abstimmung mit der EGNOS — „Operators and Infrastructure Group“ (EOIG) mit Blick auf die Sicherung der Kontinuität, Integrität und Verbesserung der Leistungsfähigkeit einschließlich der in EGNOS entwickelten Technologie und Infrastruktur,
 - die Übereinstimmung mit den Integritäts- und sonstigen Anforderungen in hohen Breitengraden,
7. geeignete Forschungs- und Entwicklungsaufgaben im fünften Forschungsrahmenprogramm oder allen anderen Haushaltstiteln zu definieren, die in Zusammenarbeit mit ESA oder in Ergänzung der ESA-Aktivitäten bearbeitet werden können, und eine Liste dieser Aufgaben vorzulegen;
8. dringend im Zusammenwirken mit allen beteiligten Staaten und der Europäischen Konferenz der Verwaltungen für Post- und Fernmeldewesen (CEPT) notwendige Schritte für die Zuweisung der Frequenzen vorzunehmen mit dem Ziel, Vorschläge vor Ende des Jahres 1999 zu unterbreiten, und gleichzeitig in Verbindung mit allen betroffenen Stellen erforderliche Schritte zur Vorbereitung der World Radio Conference (WRC) einzuleiten;

9. insbesondere alle Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit des Systems zu berücksichtigen und entsprechende Maßnahmen vor Ende des Jahres 1999 vorzusehen;

10. sicherzustellen, daß alle Mitgliedstaaten aus der Einbeziehung in die Definitionsphase eines europäischen Satellitennavigationssystems Nutzen ziehen;

ERSUCHT die Kommission viertens, soweit sie beteiligt ist, in enger Abstimmung mit der gemeinsamen Europäischen Dreiparteiengruppe Einzelheiten der Finanzierung der laufenden Arbeiten zur Satellitennavigation einschließlich EGNOS vorzulegen;

ERSUCHT die Kommission abschließend, in regelmäßigen Abständen der Galileo-Lenkungsgruppe und dem Rat den Stand des Projektfortschritts darzustellen und dem Rat die Ergebnisse der Definitionsphase vor dem Ende des Jahres 2000 für eine Beschlußfassung über die weitere Entwicklung von Galileo vorzulegen;

ERSUCHT die Mitgliedstaaten, geeignete Maßnahmen im Hinblick auf die Beteiligung an einer neuen Generation von Satellitennavigationsdiensten zu treffen und die Arbeiten der Kommission in geeigneter Art und Weise zu unterstützen.

KOMMISSION

Zinssatz der Europäischen Zentralbank für Wertpapierpensionsgeschäfte am 1. August 1999:

2,50 %

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

(1999/C 221/02)

Betrag in nationaler Währung für eine Einheit:

	2.8.1999	Juli ⁽²⁾
Dänische Kronen	7,4425	Bei Redaktionsschluß lagen die Beträge nicht vor.
Griechische Drachmen	325,6	
Schwedische Kronen	8,7575	
Pfund Sterling	0,6591	
US-Dollar	1,0665	
Kanadische Dollar	1,6093	
Yen	121,88	
Schweizer Franken	1,5963	
Norwegische Kronen	8,278	
Isländische Kronen ⁽³⁾	77,6264	
Australische Dollar	1,6441	
Neuseeland-Dollar	2,0252	
Rand ⁽³⁾	6,61497	

⁽¹⁾ *Quelle:* Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

⁽²⁾ Die Monatsdurchschnittskurse des Euro werden am Monatsende veröffentlicht.

⁽³⁾ *Quelle:* Kommission.

**VERZEICHNIS DER VON DER KOMMISSION AN DEN RAT WEITERGELEITETEN DOKUMENTE
FÜR DEN ZEITRAUM VOM 19.7. BIS 23.7.1999**

(1999/C 221/03)

Diese Dokumente sind bei den auf der Rückseite des Amtsblattes aufgeführten Vertriebsbüros erhältlich

Code	Katalognummer	Titel	Tag der Annahme durch die Kommission	Tag der Weiterleitung an den Rat	Seitenzahl
KOM(1999) 369	CB-CO-99-370-DE-C	Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Ermächtigung Portugals, für bestimmte Mineralöle mit besonderen Verwendungszwecken Verbrauchsteuerbefreiungen oder -ermäßigungen einzuführen oder beizubehalten (Verfahren gemäß Artikel 8 Absatz 4 der Richtlinie 92/81/EWG)	16.7.1999	19.7.1999	5
KOM(1999) 371	CB-CO-99-372-DE-C	Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuß: Studie zur elterlichen Kontrolle im Bereich des Fernsehens	19.7.1999	19.7.1999	6
KOM(1999) 372	CB-CO-99-377-DE-C	Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament zu den Sondervorschriften für die Einreise und den Aufenthalt von Unionsbürgern, soweit sie aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind ^(?)	20.7.1999	19.7.1999	26
KOM(1999) 374	CB-CO-99-374-DE-C	Bericht der Kommission an den Rat über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2082/92 über die Bescheinigungen besonderer Merkmale von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln gemäß Artikel 21 dieser Verordnung	19.7.1999	19.7.1999	28
KOM(1999) 376	CB-CO-99-378-DE-C	Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse ^(?)	20.7.1999	20.7.1999	6
KOM(1999) 109	CB-CO-99-111-DE-C	Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute (kodifizierte Fassung)	22.3.1999	22.7.1999	125
KOM(1999) 329	CB-CO-99-329-DE-C	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 95/2/EG über andere Lebensmittelzusatzstoffe als Farbstoffe und Süßungsmittel ^(?) ^(?)	22.7.1999	22.7.1999	11
KOM(1999) 377	CB-CO-99-384-DE-C	Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates, mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 im Hinblick auf Mindeststandards für die Behandlung der Produkte der Sektoren Gesundheitspflege, Erziehung und Unterricht und Sozialschutz im harmonisierten Verbraucherpreisindex ^(?)	22.7.1999	22.7.1999	24
KOM(1999) 382	CB-CO-99-386-DE-C	Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates zur Stärkung des Dialogs mit den Unternehmen und sonstigen Beteiligten über die gemeinsame Fischereipolitik ^(?) ^(?)	22.7.1999	22.7.1999	20

Code	Katalognummer	Titel	Tag der Annahme durch die Kommission	Tag der Weiterleitung an den Rat	Seitenzahl
KOM(1999) 383	CB-CO-99-387-DE-C	Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren synthetischer Polyesterfasern mit Ursprung in Taiwan und zur Einstellung des Verfahrens gegenüber den Einfuhren synthetischer Fasern aus Polyester mit Ursprung in der Republik Korea	22.7.1999	22.7.1999	22
KOM(1999) 380	CB-CO-99-393-DE-C	Bericht der Kommission — TACIS-Jahresbericht 1998	23.7.1999	23.7.1999	73
KOM(1999) 381	CB-CO-99-394-DE-C	Vorschlag für einen Beschluß des Rates über den Standpunkt der Gemeinschaft im Assoziationsrat zur Beteiligung Sloweniens an dem Mehrjahresprogramm der Gemeinschaft zur Förderung der Energieeffizienz (SAVE II) ⁽²⁾ ⁽³⁾	23.7.1999	23.7.1999	19
KOM(1999) 385	CB-CO-99-383-DE-C	Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG ⁽²⁾ ⁽³⁾	23.7.1999	23.7.1999	30

⁽¹⁾ Dieses Dokument enthält ein Formblatt „Auswirkungen des Vorschlags auf die Unternehmen, insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU)“.

⁽²⁾ Dieses Dokument wird im Amtsblatt veröffentlicht.

⁽³⁾ Text von Bedeutung für den EWR.

NB: Die KOM-Dokumente sind im Jahresabonnement bzw. im thematischen Abonnement oder als Einzelnummer erhältlich; in diesem Fall richtet sich der Preis nach der Seitenzahl.

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluß

(Sache Nr. IV/M.1513 — Deutsche Post/Danzas/Nedlloyd)

(1999/C 221/04)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Am 1. Juli 1999 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluß zu erheben und ihn insofern für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich

- auf Papier, bei den Verkaufsstellen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (siehe letzte Umschlagseite);
- in Elektronik-Format, über die „CEN“-Version der CELEX-Datenbank, unter der Dokumentennummer 399M1513. CELEX ist das EDV-gestützte Dokumentationssystem für Gemeinschaftsrecht. Für mehr Informationen über CELEX-Abonnements wenden Sie sich bitte an folgende Stelle:

EUR-OP,
Information, Marketing and Public Relations (OP/4B),
2, rue Mercier,
L-2985 Luxemburg,
Tel. (352) 29 29-42455, Fax (352) 29 29-42763.

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluß**(Sache Nr. IV/M.1573 — Norsk Hydro/Saga)**

(1999/C 221/05)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Am 5. Juli 1999 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluß zu erheben und ihn insofern für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich

- auf Papier, bei den Verkaufsstellen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (siehe letzte Umschlagseite);
- in Elektronik-Format, über die „CEN“-Version der CELEX-Datenbank, unter der Dokumentennummer 399M1573. CELEX ist das EDV-gestützte Dokumentationssystem für Gemeinschaftsrecht. Für mehr Informationen über CELEX-Abonnements wenden Sie sich bitte an folgende Stelle:

EUR-OP,
Information, Marketing and Public Relations (OP/4B),
2, rue Mercier,
L-2985 Luxemburg,
Tel. (352) 29 29-42455, Fax (352) 29 29-42763.

II

(Vorbereitende Rechtsakte)

RAT

INITIATIVE

**der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland — dem Rat am 26. Mai 1999 vorgelegt
— im Hinblick auf die Annahme einer Verordnung des Rates über Insolvenzverfahren**

(1999/C 221/06)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 61 Buchstabe c) und Artikel 67 Absatz 1,

auf Initiative Deutschlands und Finnlands,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽¹⁾,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Europäische Union hat sich die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zum Ziel gesetzt.
- (2) Für ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarktes sind bessere und schnellere Insolvenzverfahren mit grenzüberschreitender Wirkung erforderlich; die Annahme dieser Verordnung ist zur Verwirklichung dieses Ziels erforderlich.
- (3) Dieses Ziel fällt in den Bereich der justitiellen Zusammenarbeit in Zivilsachen im Sinne des Artikels 65 des Vertrags.
- (4) Die Geschäftstätigkeit von Unternehmen greift mehr und mehr über die einzelstaatlichen Grenzen hinaus und unterliegt damit in zunehmendem Maß den Vorschriften des Gemeinschaftsrechts. Da das Scheitern solcher Unternehmen nachteilige Auswirkungen auf das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes hat, ist es notwendig, die Koordinierung der Maßnahmen in bezug auf das Vermögen eines zahlungsunfähigen Schuldners durch einen gemeinschaftlichen Rechtsakt zu regeln.
- (5) Im Interesse eines ordnungsgemäßen Funktionierens des Binnenmarktes muß verhindert werden, daß es für die Parteien vorteilhafter ist, Vermögensgegenstände oder Rechtsstreitigkeiten von einem Mitgliedstaat in einen anderen zu verlagern, um auf diese Weise eine verbesserte Rechtsstellung anzustreben (sogenanntes „forum shopping“).
- (6) Diese Ziele können daher auf einzelstaatlicher Ebene nicht in hinreichendem Maß verwirklicht werden, so daß eine Maßnahme auf Gemeinschaftsebene gerechtfertigt ist.
- (7) Gemäß dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit beschränkt sich diese Verordnung auf Vorschriften, die die Zuständigkeit für die Eröffnung von Insolvenzverfahren und für Entscheidungen regeln, die unmittelbar aufgrund des Insolvenzverfahrens ergehen und in engem Zusammenhang damit stehen. Darüber hinaus enthält diese Verordnung Vorschriften hinsichtlich der Anerkennung solcher Entscheidungen und hinsichtlich des anwendbaren Rechts, die ebenfalls diesem Grundsatz genügen.
- (8) Konkurse zahlungsunfähiger Unternehmen oder anderer juristischer Personen sowie gerichtliche Regelungen, Vergleiche und ähnliche Verfahren sind vom Anwendungsbereich des Brüsseler Übereinkommens von 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen ⁽³⁾ in der durch die Beitrittsübereinkommen zu diesem Übereinkommen ⁽⁴⁾ geänderten Fassung ausgenommen.
- (9) Zur Verwirklichung des Ziels einer Verbesserung und Beschleunigung der Insolvenzverfahren mit grenzüberschreitender Wirkung ist es notwendig und angemessen, die Bestimmungen über den Gerichtsstand, die Anerkennung und das maßgebliche Recht in diesem Bereich in einem gemeinschaftlichen Rechtsakt zu bündeln, der in den Mitgliedstaaten verbindlich ist und unmittelbar gilt.
- (10) Diese Verordnung gilt unterschiedslos für alle Verfahren, unabhängig davon, ob es sich beim Schuldner um eine natürliche oder juristische Person, einen Kaufmann oder eine Privatperson handelt. Insolvenzverfahren über das Vermögen von Versicherungsunternehmen, Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, die Gelder oder Wertpapiere Dritter halten, sowie von Organismen für gemeinsame Anlagen sind vom Geltungsbereich der Verordnung ausgenommen. Diese Unternehmen werden von dieser Verordnung nicht erfaßt, da sie einem besonderen Regime

⁽¹⁾ Stellungnahme vom ... (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽²⁾ Stellungnahme vom ... (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽³⁾ ABl. L 299 vom 31.12.1972, S. 32.

⁽⁴⁾ ABl. L 204 vom 2.8.1975, S. 28.
AbL. L 304 vom 30.10.1978, S. 1.
AbL. L 388 vom 31.12.1982, S. 1.
AbL. L 285 vom 3.10.1989, S. 1.
AbL. C 15 vom 15.1.1997, S. 1.

- unterworfen sind und da die nationalen Aufsichtsbehörden teilweise sehr weitgehende Eingriffsbefugnisse haben.
- (11) Diese Verordnung akzeptiert die Tatsache, daß bei weitgehend unterschiedlichen Sachenrechten ein einziges Insolvenzverfahren mit universaler Geltung für die gesamte Gemeinschaft kaum zu verwirklichen ist. Die ausnahmslose Anwendung des Rechts des Staates der Verfahrenseröffnung würde vor diesem Hintergrund häufig zu Schwierigkeiten führen. Dies gilt etwa für die sehr unterschiedlich ausgeprägten Sicherungsrechte in der Gemeinschaft. Aber auch die Vorrechte einzelner Gläubiger im Insolvenzverfahren sind teilweise völlig verschieden ausgestaltet. Diese Verordnung will dem auf zweierlei Weise Rechnung tragen. Zum einen werden Sonderanknüpfungen für besonders bedeutsame Rechte und Rechtsverhältnisse vorgesehen (z. B. dingliche Rechte und Arbeitsverträge). Zum anderen werden neben einem Hauptinsolvenzverfahren mit universaler Geltung auch innerstaatliche Verfahren zugelassen, die lediglich das im Eröffnungsstaat belegene Vermögen erfassen.
- (12) Durch das Nebeneinanderbestehen von — in den anderen Mitgliedstaaten anerkannten — Hauptinsolvenzverfahren und Sekundärinsolvenzverfahren, in denen Gläubiger in anderen Mitgliedstaaten ihre Rechte vor Ort geltend machen können, wird eine zu starre Zentralisierung vermieden. Zwingende Vorschriften für die Koordinierung mit dem Hauptverfahren stellen die Einheitlichkeit des Verfahrens in der Gemeinschaft sicher.
- (13) Insolvenzverfahren können in dem Mitgliedstaat eröffnet werden, in dem der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichsten Interessen hat. Hauptinsolvenzverfahren haben universale Geltung; mit ihnen sollen weltweit das gesamte Vermögen des Schuldners und alle Gläubiger unabhängig davon, wo sie niedergelassen sind, erfaßt werden. Mit dem Mittelpunkt der hauptsächlichsten Interessen wird ein Ort bezeichnet, zu dem der Schuldner regelmäßig die engsten Beziehungen unterhält, an dem sich seine vielfältigen Geschäftsbeziehungen konzentrieren und an dem zumeist der Schwerpunkt seines Vermögens belegen ist. Dieser Ort ist auch den Gläubigern bestens bekannt.
- (14) Die Zuständigkeitsvorschriften dieser Verordnung legen nur die internationale Zuständigkeit fest, d. h. sie geben den Mitgliedstaat an, dessen Gerichte Insolvenzverfahren eröffnen dürfen. Die innerstaatliche Zuständigkeit des betreffenden Mitgliedstaats muß nach dem Recht des betreffenden Staates bestimmt werden.
- (15) Die Vorschrift über die internationale Zuständigkeit nach Artikel 3 Absatz 1 befähigt das für die Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens zuständige Gericht zur Anordnung einstweiliger Sicherungsmaßnahmen ab dem Zeitpunkt des Antrags auf Verfahrenseröffnung. Sicherungsmaßnahmen sowohl vor als auch nach Beginn des Insolvenzverfahrens sind zur Gewährleistung der Wirksamkeit des Insolvenzverfahrens von großer Bedeutung. Die Verordnung sieht hierfür zwei Möglichkeiten vor. Zum einen kann das für das Hauptinsolvenzverfahren zuständige Gericht vorläufige Sicherungsmaßnahmen auch über Vermögensgegenstände anordnen, die im Ausland belegen sind. Diese Maßnahmen werden nach Artikel 25 Absatz 1 Unterabsatz 3 vollstreckt. Zum anderen kann ein vor Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens bestellter vorläufiger Insolvenzverwalter in den Staaten, in denen sich eine Niederlassung des Schuldners befindet und in denen er ein Sekundärinsolvenzverfahren einleiten möchte, die nach dem Recht dieser Staaten möglichen Sicherungsmaßnahmen beantragen (Artikel 38).
- (16) Das Recht, die Eröffnung eines unabhängigen Partikularverfahrens zu beantragen, steht nur einheimischen Gläubigern oder Gläubigern der einheimischen Niederlassung zu oder kann eröffnet werden, wenn die Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dem der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichsten Interessen hat, die Eröffnung eines Hauptinsolvenzverfahrens nicht zulassen. Der Grund für diese Beschränkung von unabhängigen Partikularverfahren besteht darin, daß diese Verfahren auf das unumgängliche Maß beschränkt werden sollen.
- (17) Unter Umständen ist das Vermögen des Schuldners zu verschachtelt, um als ganzes verwaltet zu werden, weil die Unterschiede in den betroffenen Rechtssystemen so groß sind, daß sich Schwierigkeiten ergeben können, wenn das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung seine Wirkung in den anderen Staaten, in denen Vermögensgegenstände belegen sind, entfaltet. Aus diesem Grund kann der Verwalter des Hauptverfahrens die Eröffnung eines Sekundärverfahrens beantragen, wenn die effiziente Verwaltung des Schuldnervermögens dies erfordert.
- (18) Hauptinsolvenzverfahren und Partikularinsolvenzverfahren können jedoch nur dann zu einer effizienten Verwertung der Insolvenzmasse beitragen, wenn die parallel anhängigen Verfahren koordiniert werden. Wesentliche Voraussetzung ist hierzu eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Verwalter, die insbesondere einen hinreichenden Informationsaustausch beinhalten muß. Um die dominierende Rolle des Hauptinsolvenzverfahrens sicherzustellen, werden dem Verwalter dieses Verfahrens mehrere Einwirkungsmöglichkeiten auf gleichzeitig anhängige Sekundärinsolvenzverfahren gegeben. Er kann etwa die Eröffnung eines solchen Verfahrens beantragen, einen Sanierungsplan oder Vergleich vorschlagen oder die Aussetzung der Verwertung der Masse im Sekundärinsolvenzverfahren beantragen.
- (19) Jeder Gläubiger, gleich wo in der Gemeinschaft er domiziliert ist, hat das Recht, seine Forderungen in jedem in der Gemeinschaft anhängigen Insolvenzverfahren über das Vermögen des Schuldners anzumelden. Dies gilt auch für Steuerbehörden und Sozialversicherungsträger. Im Interesse der Gläubigergleichbehandlung muß jedoch die Verteilung des Erlöses koordiniert werden. Jeder Gläubiger darf zwar behalten, was er im Rahmen eines Insolvenzverfahrens erhalten hat, kann aber an der Verteilung der Masse in einem anderen Verfahren erst dann teilnehmen, wenn die Gläubiger gleichen Rangs die gleiche Quote auf ihre Forderung erlangt haben. Es muß somit für die Gemeinschaft eine konsolidierte Quotenübersicht erstellt werden.

- (20) In dieser Verordnung ist die unmittelbare Anerkennung von Entscheidungen über die Eröffnung, die Abwicklung und die Beendigung der in ihren Geltungsbereich fallenden Insolvenzverfahren, sowie von Entscheidungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Insolvenzverfahren ergehen, vorgesehen. Die automatische Anerkennung hat somit zur Folge, daß die Wirkungen, die das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung in dem Verfahren beilegt, auf alle übrigen Mitgliedstaaten ausgedehnt werden. Die Anerkennung der Entscheidungen der Gerichte der Mitgliedstaaten muß sich auf den Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens stützen; die zulässigen Gründe für eine Nichtanerkennung sind daher auch auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt. Nach diesem Grundsatz ist auch der Konflikt zu lösen, wenn sich die Gerichte zweier Mitgliedstaaten für zuständig halten, ein Hauptinsolvenzverfahren zu eröffnen. Die Entscheidung des zuerst eröffnenden Gerichts ist in den anderen Mitgliedstaaten anzuerkennen; diese können nicht die Entscheidung dieses Gerichts einer Überprüfung unterziehen.
- (21) Diese Verordnung formuliert für den Insolvenzbereich einheitliche Kollisionsnormen, die die Vorschriften des internationalen Privatrechts der einzelnen Staaten ersetzen. Der Ausdruck „maßgebliches Recht“ in dieser Verordnung verweist auf das innerstaatliche Recht des Mitgliedstaats, mit Ausnahme der Vorschriften seines internationalen Privatrechts. Soweit nichts anderes bestimmt ist, gilt das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung (*lex concursus*). Diese Kollisionsnorm findet auf Hauptinsolvenzverfahren und Partikularverfahren gleichermaßen Anwendung. Die *lex concursus* regelt alle verfahrensrechtlichen wie materiellen Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf die davon betroffenen Personen und Rechtsverhältnisse; nach ihr bestimmen sich alle Voraussetzungen für die Eröffnung, Abwicklung und Beendigung des Insolvenzverfahrens.
- (22) Die automatische Anerkennung eines Insolvenzverfahrens, auf das regelmäßig das Recht des Eröffnungsstaates Anwendung findet, kann mit den Vorschriften anderer Mitgliedstaaten für die Vornahme von Rechtshandlungen kollidieren. Die Artikel 5 bis 15 dieser Verordnung regeln eine Reihe von Ausnahmen von der allgemeinen Vorschrift, um in den anderen Mitgliedstaaten als dem der Verfahrenseröffnung Vertrauensschutz und Rechtssicherheit zu gewährleisten.
- (23) Ein besonderes Bedürfnis für eine vom Recht des Eröffnungsstaats abweichende Sonderanknüpfung besteht bei dringlichen Rechten, da diese für die Gewährung von Krediten von erheblicher Bedeutung sind. Die Begründung, Gültigkeit und Tragweite eines solchen dinglichen Rechts bestimmen sich deshalb regelmäßig nach dem Recht des Belegenheitsortes und werden von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht berührt. Der Inhaber des dinglichen Rechts kann somit sein Recht zur Aus- bzw. Absonderung an dem Sicherungsgegenstand weiter geltend machen. Werden nach dem Recht des Belegenheitsstaats auch dingliche Rechte von einem Insolvenzverfahren erfaßt, so kann der Verwalter die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens beantragen, sofern der Schuldner dort eine Niederlassung hat. Wird ein solches Partikularinsolvenzverfahren nicht eröffnet, so unterfällt der betreffende Gegenstand dem universalen Insolvenzbeschlag des Hauptinsolvenzverfahrens, so daß im Fall der Veräußerung des Sicherungsgegenstands ein überschüssiger Verkaufserlös wieder der Masse zuzuführen ist.
- (24) Ist nach dem Recht des Eröffnungsstaats eine Aufrechnung nicht zulässig, so ist ein Gläubiger gleichwohl zur Aufrechnung berechtigt, wenn diese nach dem für die Forderung des insolventen Schuldners maßgeblichen Recht möglich ist. Auf diese Weise erhält die Aufrechnung eine Art Garantiefunktion aufgrund von Rechtsvorschriften, auf die sich der betreffende Gläubiger zum Zeitpunkt der Entstehung der Forderung verlassen kann.
- (25) Ein besonderes Schutzbedürfnis besteht auch bei Zahlungssystemen und Finanzmärkten. Dies gilt etwa für die in diesen Systemen anzutreffenden Gattstellungsverträge und Nettingvereinbarungen sowie für die Veräußerung von Wertpapieren und die zur Absicherung dieser Transaktionen gestellten Sicherheiten, wie dies insbesondere in der Richtlinie 98/26/EG des Rates vom 19. Mai 1998 über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen⁽¹⁾ geregelt ist. Für diese Transaktionen soll deshalb allein das Recht maßgebend sein, das auf das betreffende System bzw. den betreffenden Markt anwendbar ist. Mit dieser Vorschrift soll verhindert werden, daß im Fall der Insolvenz eines Geschäftspartners die in Zahlungs- oder Aufrechnungssystemen oder auf den geregelten Finanzmärkten der Mitgliedstaaten vorgesehenen Mechanismen zur Zahlung und Abwicklung von Transaktionen geändert werden können. Für einen Teilbereich der hier angesprochenen Fälle enthält die Richtlinie 98/26/EG Sondervorschriften, die den allgemeinen Regelungen dieser Verordnung vorgehen.
- (26) Zum Schutz der Arbeitnehmer und der Arbeitsverhältnisse müssen die Wirkungen der Insolvenzverfahren auf die Fortsetzung oder Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie auf die Rechte und Pflichten aller an einem solchen Arbeitsverhältnis beteiligten Parteien durch das gemäß den allgemeinen Kollisionsnormen für den Vertrag maßgebliche Recht bestimmt werden. Sonstige insolvenzrechtliche Fragen, wie etwa ob die Forderungen der Arbeitnehmer durch ein Vorrecht geschützt sind, und welchen Rang dieses Vorrecht gegebenenfalls erhalten soll, bestimmen sich nach dem Recht des Eröffnungsstaats.
- (27) Im Interesse des Geschäftsverkehrs ist auf Antrag des Verwalters der wesentliche Inhalt der Entscheidung über die Verfahrenseröffnung in den anderen Mitgliedstaaten bekannt zu machen. Befindet sich in dem betreffenden Mitgliedstaat eine Niederlassung, so kann eine obligatorische Bekanntmachung vorgeschrieben werden. In beiden Fällen ist die Bekanntmachung jedoch nicht Voraussetzung für die Anerkennung des ausländischen Verfahrens.

(¹) ABl. L 166 vom 11.6.1998, S. 45.

(28) Es kann der Fall eintreten, daß einige der betroffenen Personen tatsächlich keine Kenntnis von der Verfahrenseröffnung haben und gutgläubig im Widerspruch zu der neuen Sachlage handeln. Zum Schutz solcher Personen, die in Unkenntnis der ausländischen Verfahrenseröffnung eine Zahlung an den Schuldner leisten, obwohl diese an sich an den ausländischen Verwalter hätte geleistet werden müssen, sieht diese Verordnung eine schuldbeitfreiende Wirkung der Leistung bzw. Zahlung vor.

(29) Diese Verordnung enthält Anhänge, die sich auf die Organisation der Insolvenzverfahren gemäß dem innerstaatlichen Recht der Mitgliedstaaten beziehen. Der Rat behält sich das Recht vor, diese Anhänge zu ändern, um etwaigen Änderungen des innerstaatlichen Rechts der Mitgliedstaaten Rechnung tragen zu können.

(30) Entsprechend den Artikeln 1 und 2 des Protokolls über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands, das durch den Vertrag von Amsterdam dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügt wurde, beteiligen sich diese Mitgliedstaaten nicht an der Annahme dieser Verordnung. Diese Verordnung bindet somit weder das Vereinigte Königreich noch Irland und findet nicht auf diese Mitgliedstaaten Anwendung, sofern diese nicht ihre Rechte gemäß den Artikeln 3 und 4 jenes Protokolls wahrnehmen.

(31) Gemäß den Artikeln 1 und 2 des Protokolls über die Position Dänemarks, das durch den Vertrag von Amsterdam dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügt wurde, beteiligt sich dieser Mitgliedstaat nicht an der Annahme dieser Verordnung. Diese Verordnung bindet somit Dänemark nicht und findet auf diesen Mitgliedstaat keine Anwendung, sofern dieser nicht gemäß Artikel 7 jenes Protokolls dem Rat mitteilt, daß er von jenem Protokoll insgesamt oder zum Teil keinen Gebrauch mehr machen will —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL I

ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

Artikel 1

Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt für Gesamtverfahren, welche die Insolvenz des Schuldners voraussetzen und den vollständigen oder teilweisen Vermögensbeschlagnahme gegen den Schuldner sowie die Bestellung eines Verwalters zur Folge haben.

(2) Diese Verordnung gilt nicht für Insolvenzverfahren über das Vermögen von Versicherungsunternehmen oder Kreditinstituten, von Wertpapierfirmen, die Dienstleistungen erbringen, welche die Haltung von Geldern oder Wertpapieren Dritter umfassen, sowie von Organismen für gemeinsame Anlagen.

Artikel 2

Definitionen

Im Sinne dieser Verordnung bedeutet:

a) „Insolvenzverfahren“ die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Gesamtverfahren. Diese Verfahren sind in Anhang A aufgeführt, der Bestandteil dieser Verordnung ist.

b) „Verwalter“ jede Person oder Stelle, deren Aufgabe es ist, die Masse zu verwalten oder zu verwerten oder die Geschäftstätigkeit des Schuldners zu überwachen. Diese Personen oder Stellen sind in Anhang C aufgeführt, der Bestandteil dieser Verordnung ist.

c) „Liquidationsverfahren“ ein Insolvenzverfahren im Sinne von Buchstabe a), das zur Liquidation des Schuldnervermögens führt, und zwar auch dann, wenn dieses Verfahren durch einen Vergleich oder eine andere die Insolvenz des Schuldners beendende Maßnahme oder wegen unzureichender Masse beendet wird. Diese Verfahren sind in Anhang B aufgeführt, der Bestandteil dieser Verordnung ist.

d) „Gericht“ das Justizorgan oder jede sonstige zuständige Stelle eines Mitgliedstaats, die befugt ist, ein Insolvenzverfahren zu eröffnen oder im Laufe des Verfahrens Entscheidungen zu treffen.

e) „Entscheidung“, falls es sich um die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder die Bestellung eines Verwalters handelt, die Entscheidung jedes Gerichts, das zur Eröffnung eines derartigen Verfahrens oder zur Bestellung eines Verwalters befugt ist.

f) „Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung“ der Zeitpunkt, in dem die Eröffnungsentscheidung wirksam wird, unabhängig davon, ob die Entscheidung endgültig ist.

g) „Mitgliedstaat, in dem sich ein Vermögensgegenstand befindet“ im Fall von

— körperlichen Gegenständen der Mitgliedstaat, in dessen Gebiet der Gegenstand belegen ist,

— Gegenständen oder Rechten, bei denen das Eigentum oder die Rechtsinhaberschaft in ein öffentliches Register einzutragen ist, der Mitgliedstaat, unter dessen Aufsicht das Register geführt wird,

— Forderungen der Mitgliedstaat, in dessen Gebiet der zur Leistung verpflichtete Dritte den Mittelpunkt seiner hauptsächlichsten Interessen im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 hat.

h) „Niederlassung“ jeder Tätigkeitsort, an dem der Schuldner einer wirtschaftlichen Aktivität von nicht vorübergehender Art nachgeht, die den Einsatz von Personal und Vermögenswerten voraussetzt.

Artikel 3

Internationale Zuständigkeit

(1) Für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens sind die Gerichte des Mitgliedstaats zuständig, in dessen Gebiet der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen hat. Bei Gesellschaften und juristischen Personen wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, daß der Mittelpunkt ihrer hauptsächlichen Interessen der Ort des satzungsmäßigen Sitzes ist.

(2) Hat der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen im Gebiet eines Mitgliedstaats, so sind die Gerichte eines anderen Mitgliedstaats nur dann zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens befugt, wenn der Schuldner eine Niederlassung im Gebiet dieses anderen Mitgliedstaats hat. Die Wirkungen dieses Verfahrens sind auf das im Gebiet dieses letzteren Mitgliedstaats belegene Vermögen des Schuldners beschränkt.

(3) Wird ein Insolvenzverfahren nach Absatz 1 eröffnet, so ist jedes zu einem späteren Zeitpunkt nach Absatz 2 eröffnete Insolvenzverfahren ein Sekundärinsolvenzverfahren. Bei diesem Verfahren muß es sich um ein Liquidationsverfahren handeln.

(4) Vor der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach Absatz 1 kann ein Partikularverfahren nach Absatz 2 nur in den nachstehenden Fällen eröffnet werden:

- a) falls die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach Absatz 1 angesichts der Bedingungen, die in den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats vorgesehen sind, in dem der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen hat, nicht möglich ist;
- b) falls die Eröffnung des Partikularverfahrens von einem Gläubiger beantragt wird, der seinen Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt oder Sitz in dem Mitgliedstaat hat, in dem sich die betreffende Niederlassung befindet, oder dessen Forderung auf einer sich aus dem Betrieb dieser Niederlassung ergebenden Verbindlichkeit beruht.

Artikel 4

Anwendbares Recht

(1) Soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, gilt für das Insolvenzverfahren und seine Wirkungen das Insolvenzrecht des Mitgliedstaats, in dem das Verfahren eröffnet wird, nachstehend „Staat der Verfahrenseröffnung“ genannt.

(2) Das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung regelt, unter welchen Voraussetzungen das Insolvenzverfahren eröffnet wird und wie es durchzuführen und zu beenden ist. Es regelt insbesondere:

- a) bei welcher Art von Schuldnern ein Insolvenzverfahren zulässig ist;
- b) welche Vermögenswerte zur Masse gehören und wie die nach der Verfahrenseröffnung vom Schuldner erworbenen Vermögenswerte zu behandeln sind;

- c) die jeweiligen Befugnisse des Schuldners und des Verwalters;
- d) die Voraussetzungen für die Wirksamkeit einer Aufrechnung;
- e) wie sich das Insolvenzverfahren auf laufende Verträge des Schuldners auswirkt;
- f) wie sich die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Rechtsverfolgungsmaßnahmen einzelner Gläubiger auswirkt; ausgenommen sind die Wirkungen auf anhängige Rechtsstreitigkeiten;
- g) welche Forderungen als Insolvenzforderungen anzumelden sind und wie Forderungen zu behandeln sind, die nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens entstehen;
- h) die Anmeldung, die Prüfung und die Feststellung der Forderungen;
- i) die Verteilung des Erlöses aus der Verwertung des Vermögens, den Rang der Forderungen und die Rechte der Gläubiger, die nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens aufgrund eines dringlichen Rechts oder infolge einer Aufrechnung teilweise befriedigt wurden;
- j) die Voraussetzungen und die Wirkungen der Beendigung des Insolvenzverfahrens, insbesondere durch Vergleich;
- k) die Rechte der Gläubiger nach der Beendigung des Insolvenzverfahrens;
- l) wer die Kosten des Insolvenzverfahrens einschließlich der Auslagen zu tragen hat;
- m) welche Rechtshandlungen nichtig, anfechtbar oder relativ unwirksam sind, weil sie die Gesamtheit der Gläubiger benachteiligen.

Artikel 5

Dingliche Rechte Dritter

(1) Das dingliche Recht eines Gläubigers oder eines Dritten an körperlichen oder unkörperlichen, beweglichen oder unbeweglichen Gegenständen des Schuldners, die sich zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats befinden, wird von der Eröffnung des Verfahrens nicht berührt.

(2) Rechte im Sinne von Absatz 1 sind insbesondere:

- a) das Recht, den Gegenstand zu verwerten oder verwerten zu lassen und aus dem Erlös oder den Nutzungen dieses Gegenstands befriedigt zu werden, insbesondere aufgrund eines Pfandrechts oder einer Hypothek;
- b) das ausschließliche Recht, eine Forderung einzuziehen, insbesondere aufgrund eines Pfandrechts an einer Forderung oder aufgrund einer Sicherheitsabtretung dieser Forderung;

c) das Recht, die Herausgabe des Gegenstands von jedermann zu verlangen, der diesen gegen den Willen des Berechtigten besitzt oder nutzt;

d) das dingliche Recht, die Früchte eines Gegenstands zu ziehen.

(3) Das in einem öffentlichen Register eingetragene und gegen jedermann wirksame Recht, ein dingliches Recht im Sinne von Absatz 1 zu erlangen, wird einem dinglichen Recht gleichgestellt.

(4) Absatz 1 steht der Nichtigkeit, Anfechtbarkeit oder relativen Unwirksamkeit einer Rechtshandlung nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe m) nicht entgegen.

Artikel 6

Aufrechnung

(1) Die Befugnis eines Gläubigers, mit seiner Forderung gegen eine Forderung des Schuldners aufzurechnen, wird von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht berührt, wenn diese Aufrechnung nach dem für die Forderung des insolventen Schuldners maßgeblichen Recht zulässig ist.

(2) Absatz 1 steht der Nichtigkeit, Anfechtbarkeit oder relativen Unwirksamkeit einer Rechtshandlung nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe m) nicht entgegen.

Artikel 7

Eigentumsvorbehalt

(1) Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gegen den Käufer einer Sache läßt die Rechte des Verkäufers aus einem Eigentumsvorbehalt unberührt, wenn sich diese Sache zum Zeitpunkt der Eröffnung des Verfahrens im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats als dem der Verfahrenseröffnung befindet.

(2) Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gegen den Verkäufer einer Sache nach deren Lieferung rechtfertigt nicht die Auflösung oder Beendigung des Kaufvertrags und steht dem Eigentumserwerb des Käufers nicht entgegen, wenn sich diese Sache zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats als dem der Verfahrenseröffnung befindet.

(3) Die Absätze 1 und 2 stehen der Nichtigkeit, Anfechtbarkeit oder relativen Unwirksamkeit einer Rechtshandlung nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe m) nicht entgegen.

Artikel 8

Vertrag über einen unbeweglichen Gegenstand

Für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf einen Vertrag, der zum Erwerb oder zur Nutzung eines unbeweglichen Gegenstands berechtigt, ist ausschließlich das Recht des Mitgliedstaats maßgebend, in dessen Gebiet dieser Gegenstand belegen ist.

Artikel 9

Zahlungssysteme und Finanzmärkte

(1) Unbeschadet des Artikels 5 ist für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf die Rechte und Pflichten der Mitglieder eines Zahlungs- oder Abwicklungssystems oder eines Finanzmarktes ausschließlich das Recht des Mitgliedstaats maßgebend, das für das betreffende System oder den betreffenden Markt gilt.

(2) Absatz 1 steht einer Nichtigkeit, Anfechtbarkeit oder relativen Unwirksamkeit der Zahlungen oder Transaktionen gemäß den für das betreffende Zahlungssystem oder den betreffenden Finanzmarkt geltenden Rechtsvorschriften nicht entgegen.

Artikel 10

Arbeitsvertrag

Für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf einen Arbeitsvertrag und auf das Arbeitsverhältnis ist ausschließlich das Recht des Mitgliedstaats maßgebend, das für den Arbeitsvertrag gilt.

Artikel 11

Wirkung auf eintragungspflichtige Rechte

Für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf Rechte des Schuldners an einem unbeweglichen Gegenstand, einem Schiff oder einem Luftfahrzeug, die der Eintragung in ein öffentliches Register unterliegen, ist das Recht des Mitgliedstaats maßgebend, unter dessen Aufsicht das Register geführt wird.

Artikel 12

Gemeinschaftspatente und -marken

Für die Zwecke dieser Verordnung kann ein Gemeinschaftspatent, eine Gemeinschaftsmarke oder jedes andere durch Gemeinschaftsvorschriften begründete ähnliche Recht nur in ein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 miteinbezogen werden.

Artikel 13

Benachteiligende Rechtshandlungen

Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe m) findet keine Anwendung, wenn die Person, die durch eine die Gesamtheit der Gläubiger benachteiligende Rechtshandlung begünstigt wurde, nachweist,

— daß für diese Rechtshandlung das Recht eines anderen Mitgliedstaats als des Staates der Verfahrenseröffnung maßgeblich ist und

— daß in diesem Fall diese Rechtshandlung in keiner Weise nach diesem Recht angreifbar ist.

*Artikel 14***Schutz des Dritterwerbers**

Verfügt der Schuldner durch eine nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommene Rechtshandlung gegen Entgelt

- über einen unbeweglichen Gegenstand,
- über ein Schiff oder ein Luftfahrzeug, das der Eintragung in ein öffentliches Register unterliegt, oder
- über Wertpapiere, deren Eintragung in ein gesetzlich vorgeschriebenes Register Voraussetzung für ihre Existenz ist,

so richtet sich die Wirksamkeit dieser Rechtshandlung nach dem Recht des Staates, in dessen Gebiet dieser unbewegliche Gegenstand belegen ist oder unter dessen Aufsicht das Register geführt wird.

*Artikel 15***Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf anhängige Rechtsstreitigkeiten**

Für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf einen anhängigen Rechtsstreit über einen Gegenstand oder ein Recht der Masse gilt ausschließlich das Recht des Mitgliedstaats, in dem der Rechtsstreit anhängig ist.

KAPITEL II**ANERKENNUNG DER INSOLVENZVERFAHREN***Artikel 16***Grundsatz**

(1) Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens durch ein nach Artikel 3 zuständiges Gericht eines Mitgliedstaats wird in allen übrigen Mitgliedstaaten anerkannt, sobald die Entscheidung im Staat der Verfahrenseröffnung wirksam ist.

Dies gilt auch, wenn in den übrigen Mitgliedstaaten gegen den Schuldner wegen seiner Eigenschaft kein Insolvenzverfahren eröffnet werden könnte.

(2) Die Anerkennung eines Verfahrens nach Artikel 3 Absatz 1 steht der Eröffnung eines Verfahrens nach Artikel 3 Absatz 2 durch ein Gericht eines anderen Mitgliedstaats nicht entgegen. In diesem Fall ist das Verfahren nach Artikel 3 Absatz 2 ein Sekundärinsolvenzverfahren im Sinne von Kapitel III.

*Artikel 17***Wirkungen der Anerkennung**

(1) Die Eröffnung eines Verfahrens nach Artikel 3 Absatz 1 entfaltet in jedem anderen Mitgliedstaat, ohne daß es hierfür

irgendwelcher Förmlichkeiten bedürfte, die Wirkungen, die das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung dem Verfahren beilegt, sofern diese Verordnung nichts anderes bestimmt und solange in diesem anderen Mitgliedstaat kein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 2 eröffnet ist.

(2) Die Wirkungen eines Verfahrens nach Artikel 3 Absatz 2 dürfen in den anderen Mitgliedstaaten nicht in Frage gestellt werden. Jegliche Beschränkung der Rechte der Gläubiger, insbesondere eine Stundung oder eine Schuldbefreiung infolge des Verfahrens, wirkt hinsichtlich des im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats belegenen Vermögens nur gegenüber den Gläubigern, die ihre Zustimmung hierzu erteilt haben.

*Artikel 18***Befugnisse des Verwalters**

(1) Der Verwalter, der durch ein nach Artikel 3 Absatz 1 zuständiges Gericht bestellt worden ist, darf im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats alle Befugnisse ausüben, die ihm nach dem Recht des Staates der Verfahrenseröffnung zustehen, solange in dem anderen Staat nicht ein weiteres Insolvenzverfahren eröffnet ist oder eine gegenteilige Sicherungsmaßnahme auf einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens hin ergriffen worden ist. Er kann insbesondere vorbehaltlich der Artikel 5 und 7 die zur Masse gehörenden Gegenstände aus dem Gebiet des Mitgliedstaats entfernen, in dem sich die Gegenstände befinden.

(2) Der Verwalter, der durch ein nach Artikel 3 Absatz 2 zuständiges Gericht bestellt worden ist, darf in jedem anderen Mitgliedstaat gerichtlich und außergerichtlich geltend machen, daß ein beweglicher Gegenstand nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens aus dem Gebiet des Staates der Verfahrenseröffnung in das Gebiet dieses anderen Mitgliedstaats verbracht worden ist. Des Weiteren kann er eine den Interessen der Gläubiger dienende Anfechtungsklage erheben.

(3) Bei der Ausübung seiner Befugnisse hat der Verwalter das Recht des Mitgliedstaats, in dessen Gebiet er handeln will, zu beachten, insbesondere hinsichtlich der Art und Weise der Verwertung eines Gegenstands der Masse. Diese Befugnisse dürfen nicht die Anwendung von Zwangsmitteln oder das Recht, über Rechtsstreitigkeiten oder andere Auseinandersetzungen zu befinden, umfassen.

*Artikel 19***Nachweis der Verwalterstellung**

Die Bestellung zum Verwalter wird durch eine beglaubigte Abschrift der Entscheidung, durch die er bestellt worden ist, oder durch eine andere von dem zuständigen Gericht ausgestellte Bescheinigung nachgewiesen.

Es kann eine Übersetzung in die Amtssprache oder eine der Amtssprachen des Mitgliedstaats, in dessen Gebiet er handeln will, verlangt werden. Eine Legalisation oder eine entsprechende andere Förmlichkeit wird nicht verlangt.

*Artikel 20***Herausgabepflicht und Anrechnung**

(1) Ein Gläubiger, der nach der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach Artikel 3 Absatz 1 auf irgendeine Weise, insbesondere durch Zwangsvollstreckung, vollständig oder teilweise aus einem Gegenstand der Masse befriedigt wird, der in einem anderen Mitgliedstaat belegen ist, hat vorbehaltlich der Artikel 5 und 7 das Erlangte an den Verwalter herauszugeben.

(2) Zur Wahrung der Gleichbehandlung der Gläubiger nimmt ein Gläubiger, der in einem Insolvenzverfahren eine Quote auf seine Forderung erlangt hat, an der Verteilung im Rahmen eines anderen Verfahrens erst dann teil, wenn die Gläubiger gleichen Ranges oder gleicher Gruppenzugehörigkeit in diesem anderen Verfahren die gleiche Quote erlangt haben.

*Artikel 21***Öffentliche Bekanntmachung**

(1) Auf Antrag des Verwalters ist in jedem anderen Mitgliedstaat der wesentliche Inhalt der Entscheidung über die Verfahrenseröffnung und gegebenenfalls der Entscheidung über seine Bestellung entsprechend den Bestimmungen des jeweiligen Staates für öffentliche Bekanntmachungen zu veröffentlichen. In der Bekanntmachung ist ferner anzugeben, welcher Verwalter bestellt wurde und ob die Zuständigkeit sich aus Artikel 3 Absatz 1 oder aus Artikel 3 Absatz 2 ergibt.

(2) Jeder Mitgliedstaat, in dessen Gebiet der Schuldner eine Niederlassung besitzt, kann jedoch die obligatorische Bekanntmachung vorsehen. In diesem Fall hat der Verwalter oder jede andere hierzu befugte Stelle des Mitgliedstaats, in dem das Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 eröffnet wurde, die für diese Bekanntmachung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

*Artikel 22***Eintragung in öffentliche Register**

(1) Auf Antrag des Verwalters ist die Eröffnung eines Verfahrens nach Artikel 3 Absatz 1 in das Grundbuch, das Handelsregister und alle sonstigen öffentlichen Register in den übrigen Mitgliedstaaten einzutragen.

(2) Jeder Mitgliedstaat kann jedoch die obligatorische Eintragung vorsehen. In diesem Fall hat der Verwalter oder jede andere hierzu befugte Stelle des Mitgliedstaats, in dem das Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 eröffnet wurde, die für diese Eintragung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

*Artikel 23***Kosten**

Die Kosten der öffentlichen Bekanntmachung nach Artikel 21 und der Eintragung nach Artikel 22 gelten als Kosten und Aufwendungen des Verfahrens.

*Artikel 24***Leistung an den Schuldner**

(1) Wer in einem Mitgliedstaat an einen Schuldner leistet, über dessen Vermögen in einem anderen Mitgliedstaat ein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, obwohl er an den Verwalter des Insolvenzverfahrens hätte leisten müssen, wird befreit, wenn ihm die Eröffnung des Verfahrens nicht bekannt war.

(2) Erfolgt die Leistung vor der öffentlichen Bekanntmachung nach Artikel 21, so wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, daß dem Leistenden die Eröffnung nicht bekannt war. Erfolgt die Leistung nach der Bekanntmachung gemäß Artikel 21 so wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, daß dem Leistenden die Eröffnung bekannt war.

*Artikel 25***Anerkennung und Vollstreckbarkeit sonstiger Entscheidungen**

(1) Die zur Durchführung und Beendigung eines Insolvenzverfahrens ergangenen Entscheidungen eines Gerichts, dessen Eröffnungsentscheidung nach Artikel 16 anerkannt wird, sowie ein von einem solchen Gericht bestätigter Vergleich werden ebenfalls ohne weitere Förmlichkeiten anerkannt. Diese Entscheidungen werden nach den Artikeln 31 bis 51 (mit Ausnahme von Artikel 34 Absatz 2) des Brüsseler Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen in der durch die Beitrittsübereinkommen zu diesem Übereinkommen geänderten Fassung vollstreckt.

Unterabsatz 1 gilt auch für Entscheidungen, die unmittelbar aufgrund des Insolvenzverfahrens ergehen und in engem Zusammenhang damit stehen, auch wenn diese Entscheidungen von einem anderen Gericht getroffen werden.

Unterabsatz 1 gilt auch für Entscheidungen über Sicherungsmaßnahmen, die nach dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens getroffen werden.

(2) Die Anerkennung und Vollstreckung der anderen als der in Absatz 1 genannten Entscheidungen unterliegen dem Übereinkommen nach Absatz 1, soweit jenes Übereinkommen anwendbar ist.

(3) Die Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, eine Entscheidung gemäß Absatz 1 anzuerkennen und zu vollstrecken, die eine Einschränkung der persönlichen Freiheit oder des Postgeheimnisses zur Folge hätte.

*Artikel 26***Ordre Public**

Jeder Mitgliedstaat kann sich weigern, ein in einem anderen Mitgliedstaat eröffnetes Insolvenzverfahren anzuerkennen oder

eine in einem solchen Verfahren ergangene Entscheidung zu vollstrecken, soweit diese Anerkennung oder diese Vollstreckung zu einem Ergebnis führt, das offensichtlich mit seiner öffentlichen Ordnung (*ordre public*), insbesondere mit den Grundprinzipien oder den verfassungsmäßig garantierten Rechten und Freiheiten des einzelnen, unvereinbar ist.

KAPITEL III

SEKUNDÄRINSOLVENZVERFAHREN

Artikel 27

Verfahrenseröffnung

Ist durch ein Gericht eines Mitgliedstaats ein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 eröffnet worden, das in einem anderen Mitgliedstaat anerkannt ist (Hauptinsolvenzverfahren), so kann ein nach Artikel 3 Absatz 2 zuständiges Gericht dieses anderen Mitgliedstaats ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnen, ohne daß in diesem anderen Mitgliedstaat die Insolvenz des Schuldners geprüft wird. Bei diesem Verfahren muß es sich um eines der in Anhang B aufgeführten Verfahren handeln. Seine Wirkungen beschränken sich auf das im Gebiet dieses anderen Mitgliedstaats belegene Vermögen des Schuldners.

Artikel 28

Anwendbares Recht

Soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, finden auf das Sekundärinsolvenzverfahren die Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats Anwendung, in dessen Gebiet das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden ist.

Artikel 29

Antragsrecht

Die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens können beantragen:

- a) der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens;
- b) jede andere Person oder Stelle, der das Antragsrecht nach dem Recht des Mitgliedstaats zusteht, in dessen Gebiet das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet werden soll.

Artikel 30

Kostenvorschuß

Verlangt das Recht des Mitgliedstaats, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren beantragt wird, daß die Kosten des Verfahrens einschließlich der Auslagen ganz oder teilweise durch die Masse gedeckt sind, so kann das Gericht, bei dem ein solcher Antrag gestellt wird, vom Antragsteller einen Kostenvorschuß oder eine angemessene Sicherheitsleistung verlangen.

Artikel 31

Kooperations- und Unterrichtungspflicht

(1) Vorbehaltlich der Vorschriften über die Einschränkung der Weitergabe von Informationen besteht für den Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens und für die Verwalter der Sekundärinsolvenzverfahren die Pflicht zur gegenseitigen Unterrichtung. Sie haben einander unverzüglich alle Informationen mitzuteilen, die für das jeweilige andere Verfahren von Bedeutung sein können, insbesondere den Stand der Anmeldung und der Prüfung der Forderungen sowie alle Maßnahmen zur Beendigung eines Insolvenzverfahrens.

(2) Vorbehaltlich der für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften sind der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens und die Verwalter der Sekundärinsolvenzverfahren zur Zusammenarbeit verpflichtet.

(3) Der Verwalter eines Sekundärinsolvenzverfahrens hat dem Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens zu gegebener Zeit Gelegenheit zu geben, Vorschläge für die Verwertung oder jede Art der Verwendung der Masse des Sekundärinsolvenzverfahrens zu unterbreiten.

Artikel 32

Ausübung von Gläubigerrechten

(1) Jeder Gläubiger kann seine Forderung im Hauptinsolvenzverfahren und in jedem Sekundärinsolvenzverfahren anmelden.

(2) Die Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens und der Sekundärinsolvenzverfahren melden in den anderen Verfahren die Forderungen an, die in dem Verfahren, für das sie bestellt sind, bereits angemeldet worden sind, soweit dies für die Gläubiger des letztgenannten Verfahrens zweckmäßig ist und vorbehaltlich des Rechts dieser Gläubiger, dies abzulehnen oder die Anmeldung zurückzunehmen, sofern ein solches Recht gesetzlich vorgesehen ist.

(3) Der Verwalter eines Haupt- oder eines Sekundärinsolvenzverfahrens ist berechtigt, wie ein Gläubiger an einem anderen Insolvenzverfahren mitzuwirken, insbesondere indem er an einer Gläubigerversammlung teilnimmt.

Artikel 33

Aussetzung der Verwertung

(1) Das Gericht, welches das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet hat, setzt auf Antrag des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens die Verwertung ganz oder teilweise aus; dem zuständigen Gericht steht jedoch das Recht zu, in diesem Fall vom Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens alle angemessenen Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Gläubiger des Sekundärinsolvenzverfahrens sowie einzelner Gruppen von Gläubigern zu verlangen. Der Antrag des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens kann nur abgelehnt werden, wenn

die Aussetzung offensichtlich für die Gläubiger des Hauptinsolvenzverfahrens nicht von Interesse ist. Die Aussetzung der Verwertung kann für höchstens drei Monate angeordnet werden. Sie kann für jeweils denselben Zeitraum verlängert oder erneuert werden.

(2) Das Gericht nach Absatz 1 hebt die Aussetzung der Verwertung in folgenden Fällen auf:

- auf Antrag des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens,
- von Amts wegen, auf Antrag eines Gläubigers oder auf Antrag des Verwalters des Sekundärinsolvenzverfahrens, wenn sich herausstellt, daß diese Maßnahme insbesondere nicht mehr mit dem Interesse der Gläubiger des Haupt- oder des Sekundärinsolvenzverfahrens zu rechtfertigen ist.

Artikel 34

Verfahrensbeendende Maßnahmen

(1) Kann das Sekundärinsolvenzverfahren nach dem für dieses Verfahren maßgeblichen Recht ohne Liquidation durch einen Sanierungsplan, einen Vergleich oder eine andere vergleichbare Maßnahme beendet werden, so kann eine solche Maßnahme vom Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens vorgeschlagen werden.

Eine Beendigung des Sekundärinsolvenzverfahrens durch eine Maßnahme nach Unterabsatz 1 kann nur bestätigt werden, wenn der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens zustimmt oder, falls dieser nicht zustimmt, wenn die finanziellen Interessen der Gläubiger des Hauptinsolvenzverfahrens durch die vorgeschlagene Maßnahme nicht beeinträchtigt werden.

(2) Jede Beschränkung der Rechte der Gläubiger, wie z. B. eine Stundung oder eine Schuldbefreiung, die sich aus einer in einem Sekundärinsolvenzverfahren vorgeschlagenen Maßnahme im Sinne von Absatz 1 ergibt, kann nur dann Auswirkungen auf das nicht von diesem Verfahren betroffene Vermögen des Schuldners haben, wenn alle betroffenen Gläubiger der Maßnahme zustimmen.

(3) Während einer nach Artikel 33 angeordneten Aussetzung der Verwertung kann nur der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens oder der Schuldner mit dessen Zustimmung im Sekundärinsolvenzverfahren Maßnahmen im Sinne von Absatz 1 vorschlagen; andere Vorschläge für eine solche Maßnahme dürfen weder zur Abstimmung gestellt noch bestätigt werden.

Artikel 35

Überschuß im Sekundärinsolvenzverfahren

Können bei der Verwertung der Masse des Sekundärinsolvenzverfahrens alle in diesem Verfahren festgestellten Forderungen befriedigt werden, so übergibt der in diesem Verfahren bestellte Verwalter den verbleibenden Überschuß unverzüglich dem Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens.

Artikel 36

Nachträgliche Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens

Wird ein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 eröffnet, nachdem in einem anderen Mitgliedstaat ein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 2 eröffnet worden ist, so gelten die Artikel 31 bis 35 für das zuerst eröffnete Insolvenzverfahren, soweit dies nach dem Stand dieses Verfahrens möglich ist.

Artikel 37

Beendigung und Umwandlung des vorhergehenden Verfahrens

Der Verwalter des Hauptinsolvenzverfahrens kann beantragen, daß ein in Anhang A genanntes Verfahren, das zuvor in einem anderen Mitgliedstaat eröffnet wurde, in ein Liquidationsverfahren umgewandelt wird, wenn es sich erweist, daß diese Umwandlung im Interesse der Gläubiger des Hauptverfahrens liegt.

Das nach Artikel 3 Absatz 2 zuständige Gericht ordnet die Umwandlung in eines der in Anhang B aufgeführten Verfahren an.

Artikel 38

Sicherungsmaßnahmen

Bestellt das nach Artikel 3 Absatz 1 zuständige Gericht eines Mitgliedstaats zur Sicherung des Schuldnervermögens einen vorläufigen Verwalter, so ist dieser berechtigt, zur Sicherung und Erhaltung des Schuldnervermögens, das sich in einem anderen Mitgliedstaat befindet, jede Maßnahme zu beantragen, die nach dem Recht dieses Staates für die Zeit zwischen dem Antrag auf Eröffnung eines Liquidationsverfahrens und dessen Eröffnung vorgesehen ist.

KAPITEL IV

UNTERRICHTUNG DER GLÄUBIGER UND ANMELDUNG IHRER FORDERUNGEN

Artikel 39

Recht auf Anmeldung von Forderungen

Jeder Gläubiger, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt, Wohnsitz oder Sitz in einem anderen Mitgliedstaat als dem Staat der Verfahrenseröffnung hat, einschließlich der Steuerbehörden und der Sozialversicherungsträger der Mitgliedstaaten, kann seine Forderungen in dem Insolvenzverfahren schriftlich anmelden.

Artikel 40

Pflicht zur Unterrichtung der Gläubiger

(1) Sobald in einem Mitgliedstaat ein Insolvenzverfahren eröffnet wird, unterrichtet das zuständige Gericht dieses Staates

oder der von diesem Gericht bestellte Verwalter unverzüglich die bekannten Gläubiger, die in den anderen Mitgliedstaaten ihren gewöhnlichen Aufenthalt, Wohnsitz oder Sitz haben.

(2) Die Unterrichtung erfolgt durch individuelle Übersendung eines Vermerks und gibt insbesondere an, welche Fristen einzuhalten sind, welches die Versäumnisfolgen sind, welche Stelle für die Entgegennahme der Anmeldungen zuständig ist und welche weiteren Maßnahmen vorgeschrieben sind. In dem Vermerk ist auch anzugeben, ob die bevorrechtigten oder dinglich gesicherten Gläubiger ihre Forderungen anmelden müssen.

Artikel 41

Inhalt einer Forderungsanmeldung

Der Gläubiger übersendet eine Kopie der gegebenenfalls vorhandenen Belege, teilt die Art, den Entstehungszeitpunkt und den Betrag der Forderung mit und gibt an, ob er für die Forderung ein Vorrecht, eine dingliche Sicherheit oder einen Eigentumsvorbehalt beansprucht und welche Vermögenswerte Gegenstand seiner Sicherheit sind.

Artikel 42

Sprachen

(1) Die Unterrichtung nach Artikel 40 erfolgt in der Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Staates der Verfahrenseröffnung. Hierfür ist ein Formblatt zu verwenden, das in sämtlichen Amtssprachen der Europäischen Union mit den Worten „Aufforderung zur Anmeldung einer Forderung. Etwaige Fristen beachten!“ überschrieben ist.

(2) Jeder Gläubiger, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt, Wohnsitz oder Sitz in einem anderen Mitgliedstaat als dem Staat der Verfahrenseröffnung hat, kann seine Forderung auch in der Amtssprache oder einer der Amtssprachen dieses anderen Staates anmelden. In diesem Fall muß die Anmeldung jedoch mindestens die Überschrift „Anmeldung einer Forderung“ in der Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Staates der Verfahrenseröffnung tragen. Vom Gläubiger kann eine Übersetzung der Anmeldung in diese Amtssprache verlangt werden.

KAPITEL V

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 43

Zeitlicher Geltungsbereich

Diese Verordnung ist nur auf solche Insolvenzverfahren anzuwenden, die nach ihrem Inkrafttreten eröffnet worden sind. Für Rechtshandlungen des Schuldners vor Inkrafttreten dieser Verordnung gilt weiterhin das Recht, das für diese Rechtshandlungen maßgeblich war, als sie vorgenommen wurden.

Artikel 44

Verhältnis zu anderen Übereinkünften

(1) Nach ihrem Inkrafttreten ersetzt diese Verordnung in ihrem sachlichen Anwendungsbereich hinsichtlich der Beziehungen der Mitgliedstaaten untereinander die zwischen zwei oder mehreren Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünfte, insbesondere

- das am 8. Juli 1899 in Paris unterzeichnete belgisch-französische Abkommen über die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden;
- das am 16. Juli 1969 in Brüssel unterzeichnete belgisch-österreichische Abkommen über Konkurs, Ausgleich und Zahlungsaufschub (mit Zusatzprotokoll vom 13. Juni 1973);
- das am 28. März 1925 in Brüssel unterzeichnete belgisch-niederländische Abkommen über die Zuständigkeit der Gerichte, den Konkurs sowie die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden;
- den am 25. Mai 1979 in Wien unterzeichneten deutsch-österreichischen Vertrag auf dem Gebiet des Konkurs- und Vergleichs-(Ausgleichs-)rechts;
- das am 27. Februar 1979 in Wien unterzeichnete französisch-österreichische Abkommen über die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet des Insolvenzrechts;
- das am 3. Juni 1930 in Rom unterzeichnete französisch-italienische Abkommen über die Vollstreckung gerichtlicher Urteile in Zivil- und Handelssachen;
- das am 12. Juli 1977 in Rom unterzeichnete italienisch-österreichische Abkommen über Konkurs und Ausgleich;
- den am 30. August 1962 in Den Haag unterzeichneten deutsch-niederländischen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und anderer Schultitel in Zivil- und Handelssachen;
- das am 11. November 1933 in Kopenhagen zwischen Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden und Irland geschlossene Konkursübereinkommen;
- das am 5. Juni 1990 in Istanbul unterzeichnete Europäische Übereinkommen über bestimmte internationale Aspekte des Konkurses.

(2) Die in Absatz 1 aufgeführten Übereinkünfte behalten ihre Wirksamkeit hinsichtlich der Verfahren, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung eröffnet worden sind.

(3) Dieses Übereinkommen gilt nicht

— in einem Mitgliedstaat, soweit es in Konkursachen mit den Verpflichtungen aus einer Übereinkunft unvereinbar ist, die dieser Staat mit einem oder mehreren Drittstaaten vor Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossen hat.

Artikel 45

Änderung der Anhänge

Die Anhänge dieser Verordnung können durch Beschluß des Rates geändert werden.

Artikel 46

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am ... in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft unmittelbar in den Mitgliedstaaten.

Geschehen zu Brüssel am ...

Im Namen des Rates

Der Präsident

ANHANG A

BELGIQUE — BELGIË

- La faillite/Het faillissement
- Concordat judiciaire/Het gerechtelijk akkoord

DEUTSCHLAND

- Das Konkursverfahren
- Das gerichtliche Vergleichsverfahren
- Das Gesamtvollstreckungsverfahren
- Das Insolvenzverfahren

ELLAS

- Πτώχευση
- Η ειδική εκκαθάριση
- Η προσωρινή διαχείριση εταιρίας. Η διοίκηση και η διαχείριση των πιστωτών
- Η υπαγωγή επιχείρησης υπό επίτροπο με σκοπό τη σύναψη συμφωνίας με τους πιστωτές

ESPAÑA

- Concurso de acreedores
- Quiebra
- Suspensión de pagos

FRANCE

- Liquidation judiciaire
- Redressement judiciaire avec nomination d'un administrateur

ITALIA

- Fallimento
- Concordato preventivo
- Liquidazione coatta amministrativa
- Amministrazione straordinaria
- Amministrazione controllata

LUXEMBOURG

- Faillite
- Gestion contrôlée
- Concordat préventif de faillite (par abandon d'actif)
- Régime spécial de liquidation du notariat

NEDERLAND

- Het faillissement
- De surséance van betaling

ÖSTERREICH

- Das Konkursverfahren
- Das Ausgleichsverfahren
- Das Vorverfahren

PORTUGAL

- O processo de falência
- Os processos especiais de recuperação de empresa, ou seja:
 - A concordata
 - O acordo de credores
 - A reestruturação financeira
 - A gestão controlada

SUOMI — FINNLAND

- Konkurssi/konkurs
- Yrityssaneeraus/företagsanering

SVERIGE

- Konkurs
 - Offentligt ackord
 - Företagsrekonstruktion
-

ANHANG B

BELGIQUE — BELGIË

- La faillite/Het faillissement

DEUTSCHLAND

- Das Konkursverfahren
- Das Gesamtvollstreckungsverfahren
- Das Insolvenzverfahren

ELLAS

- Πτώχευση
- Η ειδική εκκαθάριση

ESPAÑA

- Concurso de acreedores
- Quiebra
- Suspensión de pagos basada en la insolvencia definitiva

FRANCE

- Liquidation judiciaire

ITALIA

- Fallimento
- Liquidazione coatta amministrativa

LUXEMBOURG

- Faillite
- Régime spécial de liquidation du notariat

NEDERLAND

- Het faillissement

ÖSTERREICH

- Das Konkursverfahren

PORTUGAL

- O processo de falência

SUOMI — FINNLAND

- Konkurssi/konkurs

SVERIGE

- Konkurs
-

ANHANG C

BELGIQUE — BELGIË

- Le curateur/de curator
- Le juge délégué/de rechter-commissaris

DEUTSCHLAND

- Konkursverwalter
- Vergleichsverwalter
- Sachwalter (nach der Vergleichsordnung)
- Verwalter
- Insolvenzverwalter
- Sachwalter (nach der Insolvenzordnung)
- Treuhänder

ELLAS

- Σύδικος
- Ο προσωρινός διαχειριστής. Η διοικούσα επιτροπή των πιστωτών
- Ο ειδικός εκκαθαριστής
- Ο επίτροπος

ESPAÑA

- Depositario-administrador
- Interventor o interventores
- Síndicos
- Comisario

FRANCE

- Représentant des créanciers
- Mandataire liquidateur
- Administrateur judiciaire
- Commissaire à l'exécution de plan

ITALIA

- Curatore
- Commissario liquidatore

LUXEMBOURG

- Le curateur
- Le commissaire
- Le liquidateur
- Le conseil de gérance de la section d'assainissement du notariat

NEDERLAND

- De curator in het faillissement
- De bewindvoerder in de surséance van betaling

ÖSTERREICH

- Masseverwalter
- Ausgleichsverwalter
- Sachwalter
- Treuhänder
- Besonderer Verwalter
- Vorläufiger Verwalter
- das Konkursgericht

PORTUGAL

- Gestor judicial
- Liquidatário judicial
- Comissão de Credores

SUOMI — FINNLAND

- Pesänhoitaja/boförvaltare
- Selvittäjä/utredare

SVERIGE

- Förvaltare
 - God man
 - Rekonstruktör
-

III

(Bekanntmachungen)

GERICHTSHOF

ALLGEMEINE AUSWAHLVERFAHREN

(1999/C 221/07)

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* C 221 A vom 3. August 1999 die folgenden allgemeinen Auswahlverfahren:

Dänische Ausgabe

CJ/LA/31 (Juristen-Übersetzer dänischer Sprache)

Finnische Ausgabe

CJ/LA/32 (Juristen-Übersetzer finnischer Sprache)

Schwedische Ausgabe

CJ/LA/36 (Juristen-Übersetzer schwedischer Sprache)

Dieses Amtsblatt kann bei der Personalabteilung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften, L-2925 Luxemburg, angefordert werden.
